

**S 21:** Vorerst keine neuen Rohre für Grundwassermanagement

## VGH stoppt Bauarbeiten der Bahn

**MANNHEIM/STUTTGART.** Die Bahn muss die Bauarbeiten am sogenannten Grundwassermanagement für den geplanten Tiefbahnhof Stuttgart 21 vorläufig einstellen. Der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg (VGH) hat bestimmte Bauarbeiten im Stuttgarter Schlossgarten überraschend gestoppt. Am Grundwassermanagement dürfen vorerst keine weiteren Rohre verlegt werden. Das geht aus einem nicht anfechtbaren Eilbeschluss hervor, den der VGH gestern in Mannheim vorlegte. Das Gericht folgte einem Antrag des Umweltverbandes BUND.

Hintergrund sind Planänderungen der Bahn, die nur in einem sogenannten vereinfachten Planfeststellungsverfahren vom Eisenbahn Bundesamt genehmigt worden waren – ohne die eigentlich vorgeschriebene Anhörung von Umweltverbänden. Die Eilentscheidung sagt jedoch nichts darüber aus, ob die Planänderung der Bahn trotzdem noch für rechtmäßig erklärt wird. Zu der Klage des BUND müsse die Bahn nach eigenen Angaben bis zum 31. Oktober Stellung nehmen, erst danach werde beim VGH mündlich verhandelt.

Die Bahn bezeichnete die VGH-Entscheidung in einer Mitteilung als „keine Entscheidung in der Sache“. Klagen dieser Art seien ein „ganz normaler Vorgang bei Bauvorhaben, nicht die Ausnahme“. Sie will beim Eisenbahn Bundesamt einen entsprechenden Antrag stellen und geht davon aus, dass sie „zeitnah“ weiterbauen kann.

Die Bahn hatte ursprünglich Anlagen für das Grundwassermanagement an vier Standorten geplant und genehmigt bekommen, dann aber die Arbeiten an einem zentralen Standort gebündelt. Dagegen hatte der BUND im Juli Klage erhoben und unter Hinweis auf die ständig fortschreitenden Bauarbeiten einstweiligen Rechtsschutz gefordert.

BUND-Landesgeschäftsführer Berthold Friefsch sprach von einem „wichtigen psychologischen Sieg“ und „einem deutlichen Ausrufezeichen seitens des Gerichts“. Er erwarte nun von der Bahn, dass sie auch in anderen Bereichen außerhalb des Schlossgartens keine Rohre mehr verlegt. *lsw*

**VGH-Entscheid vom 6. Oktober 2011 (Az.: S 5 2101/11)**



Diese Rohre dürfen vorerst nicht weiter verlegt werden. BILD: DPA

### Kriminalität

## Kein Fortschritt im Fall Lolita Brieger

**DAHLEM-FRAUENKRON.** Die Suche nach der seit Jahrzehnten verschwundenen Leiche von Lolita Brieger ist zunächst ohne Erfolg geblieben. Gestern überprüften 20 Polizeibeamte, darunter fünf Hundeführer, ein ehemaliges Deponiegebiet in Dahlem-Frauenkron in Nordrhein-Westfalen. Bei der von Regen behinderten Aktion wurden bis zum Nachmittag keine Hinweise gefunden, wie eine Sprecherin der Polizei Trier mitteilte. Brieger war vor 29 Jahren spurlos in der Eifel verschwunden. Nach einem Aufruf der ZDF-Serie „Aktenzeichen XY ungeklärt“ am 24. August hatte sich ein Zeuge gemeldet, der die Ermittler zu der früheren Deponie führte. *lrs*

**Aktienrückkauf:** Umgehung des Landtags beim EnBW-Geschäft war Verfassungsbruch / Rücktrittsforderung an Stächele

# Ohrfeige mit Fernwirkung

Von unseren Korrespondenten  
Peter Reinhardt und Joachim Rück

**STUTTGART/BUKAREST.** Mehrere Handys geben in der Reisetrippe von Ministerpräsident Winfried Kretschmann gestern Nachmittag im fernen Bukarest gleichzeitig Alarm. Während die Delegation mit Staatspräsident Traian Basescu spricht, verteilt in Stuttgart der Staatsgerichtshof Ohrfeigen wegen der Ausbootung des Landtags beim Rückkauf der EnBW-Aktien. „Der Finanzminister hat die Grenzen des ihm zustehenden Notbewilligungsrechtes überschritten“, lässt der Vorsitzende Eberhard Stilz keinen Spielraum für Interpretationen. Die Klatsche hallt ohne Zeitverzögerung in der rumänischen Hauptstadt nach. Denn mit Kretschmann unterwegs ist Landtagspräsident Willi Stächele, der damals als Finanzminister zuständig war.

Schlagartig weicht bei dem sonst so leutseligen Stächele im rumänischen Präsidentenpalast die demonstrative Gelassenheit. Nach einem längeren Telefongespräch wirkt er betroffen und angeschlagen. Der Politrountiner weiß natürlich, dass es für ihn eng wird. Unter Druck ringt sich Stächele zwei Sätze ab. „Ich muss die Entscheidungsgründe sehen“, bittet er um Aufschub. Und: Er habe damals nach „bestem Wissen und Gewissen gehandelt“.

Zu Hause in Stuttgart haben Grüne und SPD schon seinen Rücktritt gefordert. „Als Präsident kann er seine Aufgaben nicht mehr glaubhaft wahrnehmen“, begründet der Grünen-Abgeordnete Ulrich Sckerl. Gefährlicher sind für Stächele aber die Reaktionen der eigenen Parteifreunde. CDU-Landeschef Thomas Strobl räumt ein: „Das Vorgehen war ein Fehler.“ Aber der sei nicht absichtlich gemacht worden. Die Rücktrittsforderung wehrt Strobl halbherzig ab. Stächele sei „auch mit Stimmen von SPD und Grünen auf fünf Jahre gewählt worden“. Immerhin, Landtagsfraktionschef Peter Hauk weist die Rücktrittsforderung zurück: „Diese Frage stellt sich meines Erachtens nicht.“

### Stächele spielt auf Zeit

Allerdings hatten SPD und Grüne den von der CDU im Mai in einer harten internen Ausscheidung nominierten Stächele nur unter Vorbehalt mitgewählt. „Wir haben damals gesagt, dass er auf Bewährung ist“, erinnert der SPD-Abgeordnete Andreas Stoch noch im Gerichtssaal. Der Rückkauf der EnBW-Aktien vom französischen Staatskonzern EDF steht nicht zur Debatte. Grüne



Eberhard Stilz (Mitte), Präsident des Staatsgerichtshofs, mit den Richtern Franz-Christian Mattes (links) und Hans Strauß. BILD: DPA

und SPD, damals noch in der Opposition, sahen durch das Geschäft über 4,7 Milliarden Euro die Rechte des Parlaments verletzt. Stächele hatte den Weg für den Kauf ohne Einschaltung des Parlaments über das Notbewilligungsrecht geebnet, das die Landesverfassung dem Finanzminister einräumt. Der Staatsgerichtshof stellt nun klar, dass die dafür geltenden strengen Maßstäbe bei dem Aktienkauf nicht vorlagen. Das Budgetrecht des Parlaments sei ein „Kernelement der demokratischen Legitimierung und Gewaltenteilung“. Geheimhaltungsgründe oder die vom damaligen Regierungschef Stefan Mappus angeführten Kurschwankungen seien keine Rechtfertigung für das Übergehen.

Allerdings sehen die Hüter der Landesverfassung durchaus ein Problem, wenn Aktiengeschäfte vor dem Abschluss öffentlich im Parlament diskutiert würden. Sie erinnern an die Regeln, die mit Billigung der Verfassungsrichter für die Kontrolle der Geheimdienste gelten. Da gebe es ein besonderes Gremium. Eine ähnliche Konstruktion bringt Stilz für Haushaltsfragen ins Ge-

spräch. Eine Verfassungsänderung sei aber Sache der Parlamente. SPD-Mann Stoch zeigt Sympathie: „Man könnte sich ein kleines Gremium vorstellen, das geheim tagt.“

Das sind juristische Feinheiten, die mit der politischen Realität wenig zu tun haben. Selbst Christdemokraten sind sich sicher, dass Mappus-Vorgänger Günther Oettinger der Fehler nicht passiert wäre. Der hatte schon bei einem heiklen Kunstgeschäft für ein paar Millionen die Chefs der vier Landtagsfraktionen vorher eingebunden. In einer solchen Runde hätten Kretschmann, im Dezember 2010 Chef der Grünen-Fraktion, und sein SPD-Kollege Claus Schmiedel den EnBW-Deal sicher durchgewinkt. Stattdessen hat Mappus mit seinem Mangel an Vertrauen auch CDU-Fraktionschef Hauk düpiert.

Durch den Regierungswechsel hat die Klage an Brisanz verloren. Finanzminister ist nun SPD-Mann Nils Schmid. Dessen Sprecher freut sich nach dieser verworrenen Vorgeschichte: „Das Finanzministerium war noch nie so glücklich über eine Niederlage vor Gericht.“

### Willi Stächele

■ Als Landtagspräsident hat Willi Stächele eine starke Stellung. Die Verfassung sieht eine **Abwahl des Parlamentspräsidenten nicht vor**. Das Vorschlagsrecht hatte die CDU als stärkste Fraktion. Dort hatte sich der 59-Jährige in einer harten internen Ausscheidung gegen vier parteiinterne Konkurrenten durchgesetzt.

■ Stächele wurde am 11. Mai 2011 mit 109 von 137 Stimmen gewählt. **Auch viele Abgeordnete von Grünen und SPD votierten für ihn**. Im Gegenzug unterstützte die CDU deren Kandidaten für die Stellvertreterposten.

■ Der CDU-Politiker war vor dem Wechsel an die Parlamentsspitze **Finanzminister** und musste in dieser Eigenschaft den EnBW-Rückkauf unter Umgehung des Parlaments billigen. Zuvor war er Chef der Landesvertretung in Berlin, Landwirtschaftsminister und Staatsminister.

■ Der Südbadener ist **verheiratet** und Vater von **zwei erwachsenen Töchtern**. *pre*

**Staatsbesuch:** Baden-Württembergs Regierungschef wirbt in Rumänien für Wirtschaftspartnerschaften und Umweltenergien

# Kretschmann als souveräner Gast

Von unserem Korrespondenten  
Joachim Rück

**BUKAREST.** Auf der Terrasse der deutschen Botschafterresidenz in Rumänien ist Winfried Kretschmann umrahmt von Exzellenzen und Staatsrepräsentanten. Die Nationalhymnen erklingen. Gleich wird der baden-württembergische Ministerpräsident vor 1000 Gästen über die „engen freundschaftlichen Beziehungen“ zwischen den Ländern sprechen. Der Grünen-Politiker hat mit seiner zweitägigen Reise nach Bukarest, von der er gestern zurückkehrte, ein neues Kapitel für sich aufgeschlagen. Er tritt dort auch als Repräsentant Deutschlands auf.

Das Ansehen der Bundesrepublik ist hoch bei den Rumänen, das Interesse am wirtschaftlich starken Bundesland Baden-Württemberg groß. 15 Prozent der ausländischen Direktinvestitionen in dem Balkanstaat kommen aus Deutschland, aus einem Land, das Senatspräsident Mircea Geoana als „Prototyp einer gesunden Wirtschaft“ preist.

Diese Wahrnehmung öffnet Kretschmann alle Türen: Staatspräsident, Premierminister, Außenminister – der erste grüne Regierungschef Deutschlands wird von der ers-

ten Garde empfangen. Die Auftritte des 63-jährigen Ministerpräsidenten sind souverän: ernsthaft, aber gelassen und mit Witz. Er betont die Bedeutung der Donaustadt, bietet Baden-Württemberg den Anrainernstaaten als Partner für Handel und Investitionen, bei Ausbildung und Forschung an.

Zwischen den notwendigen Höflichkeiten sendet der baden-württembergische Regierungschef aber auch kritische Signale aus und gibt Anliegen der Wirtschaftsdelegation weiter, die Kretschmann in die rumänische Metropole begleitet. Nicht nur bei Außenminister Teodor Baconschi spricht er bürokratische Hindernisse für kleine und mittelständische Investoren an und mahnt: „Man erwartet, dass sich das verbessert.“

### Lokalpatriotismus am Rande

Bei Rumäniens Premierminister Emil Boc wirbt Kretschmann für den Atomausstieg und die „große Perspektive für Umweltenergien“. Nach vielen Zusagen holt sich Kretschmann in dieser Frage jedoch einen Korb ab. Das Land will schließlich das Kernkraftwerk Cernavoda erweitern. Es könne „nicht auf die Atomenergie verzichten“, meint Boc.

Kretschmann verschenkt an die Staatsspitzen Rucksäcke statt der üblichen Medaillen und spricht Einladungen zum Wandern aus. In seiner Ansprache vor der Botschafter-



Kretschmann (rechts) schenkt Premier Boc einen Rucksack. BILD: DPA

residenz mahnt er: „Die Donau muss auch sauber sein.“ Seiner Forderung folgt allerdings sogleich eine persönliche Geschichte: „Ich selber habe noch in der Donau schwimmen gelernt. Das wäre zwischenzeitlich nicht ratsam gewesen.“ Bereits zum Auftakt seines zweitägigen Besuchs in Rumänien hatte Kretschmann für eine Weiterentwicklung des Donauraums plädiert.

Am Rande des Staatsbesuchs gibt Kretschmann noch lächelnd den Lokalpatrioten. Weil der Stuttgarter Autokonzern Daimler offenbar nicht in der Lage war, rechtzeitig ein eigenes Elektroauto zum Empfang nach Bukarest zu schaffen, muss Kretschmann neben einem E-Modell aus Rüsselsheim posieren. Einsteigen will er aber nicht. „Ein baden-württembergischer Ministerpräsident setzt sich nicht in einen Opel.“

Kretschmanns bisweilen delikates Verhältnis zur heimischen Autoindustrie ist den Gastgebern offenbar nicht verborgen geblieben. Außenminister Baconschi verabschiedet den baden-württembergischen Regierungschef mit den hoffnungsvollen Worten, „dass es gelingen wird, die baden-württembergische Autoindustrie auf grüne Füße zu stellen“. *lrs*

### IN KÜRZE

#### Semestertickets gefälscht

**KASSEL/KOBLENZ.** Die Bundespolizei in Kassel ist einem Fälscher von Semestertickets auf die Schliche gekommen. Der 26-jährige Koblenzer habe Semestertickets verschiedener Universitäten hergestellt und diese an Studenten gegeben, teilte die Bundespolizei gestern mit. Er gab die Fälschungen zu. Aufgefallen war die Tat bei einer Fahrtscheinkontrolle in einem Zug zwischen Frankfurt und Kassel. Mit einem Semesterticket dürfen Studenten im Nahverkehr kostenlos Bus und Bahn fahren. *lsw*

#### Vom Mieter ermordet?

**LAUPHEIM.** Eine 75-jährige Frau ist in Laupheim (Kreis Biberach) vermutlich von einem ihrer Mieter ermordet worden. Der 42 Jahre alte Mann stehe weiter unter dringendem Tatverdacht, sagte gestern ein Polizeisprecher. Woran die Frau starb, blieb zunächst unklar. Fest steht, dass der 42-jährige Mann betrunken war, als er kurz nach der Tat von der Polizei in seiner Wohnung festgenommen wurde. *lsw*

### VOR 40 JAHREN

Der baden-württembergische Landeselternbeirat fordert grundsätzlich die gemeinsame Erziehung und Ausbildung von ausländischen Kindern mit deutschen in der Schule und auch schon im Kindergarten, um die **volle Integration der „Gastarbeiterkinder“** zu beschleunigen und jede Gettoisierung zu verhindern. 40 000 Kinder von Gastarbeitern nehmen am „normalen“ Unterricht in Volksschulen und Realschulen und Gymnasien teil, 5500 besuchen Vorbereitungsklassen. *eb*

### Gesammelte Ratgeber

**MAINZ.** Das Gutenberg-Museum in Mainz beherbergt künftig auch eine Sammlung mit Ratgebern aus sechs Jahrhunderten zum Verfassen von Briefen. Sie stammt von dem früheren Mainzer Bankdirektor Erwin Kreim und umfasst etwa 400 Exponate, wie das Museum gestern mitteilte. Kreim hatte vor 40 Jahren mit dem Sammeln dieser historischen Ratgeber begonnen. Dazu gehören Bücher über die Rede- und Vortragskunst sowie Musterbriefe. „Diese Briefe spiegeln den Geist der jeweiligen Epochen wider“, heißt es in der Mitteilung. *lrs*

**Bildung:** Kampagne will vor allem Grundschüler fördern

## Mainz wirbt fürs Lesen

**MAINZ.** Kleine Piraten auf „Schatzsuche“ in Büchereien: So sieht eines von zwei Projekten aus, mit denen Rheinland-Pfalz das Lesen fördern will. Am 24. Oktober, dem bundesweiten „Tag der Bibliotheken“, startet in der Stadtbibliothek Speyer die Aktion „Bücherei-Piraten“, wie Bildungsministerin Doris Ahnen (SPD) gestern in Mainz mitteilte. „Die Kinder sollen die Bibliothek als einen Reichtum kennenlernen, in dem es viele Schätze zu finden gibt“, sagte sie. Das andere Projekt ist eine Fortbildungsserie des Pädagogischen Landesinstituts für Lehrer, die im November beginnt.

Bei der Internationalen Grundschuluntersuchung zur Lesekompetenz (IGLU) 2006 war Rheinland-Pfalz im Bundesländervergleich auf Rang fünf gekommen. „Eine hohe Lesekompetenz ist und bleibt der Schlüssel für schulischen Erfolg“, sagte Ahnen. Die Förderung von Grundschulkindern liegt besonders im Fokus der Kampagne. Die Kinder können zum Beispiel ihren Bibliotheksführerschein machen.

Bereits jetzt laufen Aktionen wie die „Büchermis“ für frischgebackene Eltern, die „Startpakete zur frühen Sprach- und Leseförderung“ bekommen. Um Jugendliche an weiterführenden Schulen zu erreichen, gibt es seit 2010 das Projekt „Poetry Slam“. Hierbei werden eigene Texte vor Publikum aufgeführt. *lrs*